

anwalt Junbrock sein möglichstes getan, um dem deutschnationalen Staatsstreich zum Erfolg zu verhelfen. Was er dann hinterher, als die Sache schief gegangen war, in der Sorge um das Amt frech aber erfolglos abzuleugnen suchte. Er hat in einer Rede vor den Berliner Studenten diese für die Unterfütterung der Doppelrei zu benehmen unternommen — was bei den meisten dieser in ihrer Mehrheit deutschnationalen Jünglinge kaum noch nötig war. Aus dieser Rede berichtet in dem besagten Heft der genannten Zeitschrift ein Augen- und Ohrenzeuge die folgende interessante Stelle: „Die Verstellung der Monarchie ist (bezeichnende Pause) — vorläufig nicht in Aussicht genommen!“

Die Proklamierung der Herrschaft Friedrich Wilhelms von Hohenzollern, des Sohnes Wilhelms des Ausreißers, des Mannes, der sich schon in jungen Jahren in der Beschimpfung kämpfender deutscher Arbeiter, in demonstrativer Unterfütterung aller alldeutschen Reichshörer — man denke nur an sein wildendes Volkstaktischen zu der Kriegshetze Heidebrandts gegen Bethmann Hollweg im Reichstag (November 1911) und an seine öffentliche Zustimmung zu der wilden Kriegshetze des Oberleutnants Frobenius — auszeichnet hat, war in der Tat „vorläufig“ nicht beabsichtigt. Man wollte sich vorläufig mit den vorbereitenden Schritten begnügen. Wenn man die Nation erst gehörig eingeseilt und sie unter der Krante geschüttelt hätte, dann wäre der Hohenzoller, der Geschäftsführer der Junker- und Offizierskaste, im Triumph auf den Thron seiner Väter geführt worden. Die Arbeiterschaft hat dieser Spekulation rechtzeitig die windigen Knochen zerklüftet.

Die Angst vor der Macht der Arbeiter.

Wie wir bereits berichteten, hat die Reichsregierung die Forderungen, die ihr am Dienstag von den gewerkschaftlichen Organisationen und den beiden sozialistischen Parteien überreicht worden waren, anerkannt. Die bürgerliche Presse ist darüber voll Unbehagen, das sich in den allerreaktionärsten Blättern Berlins in höhnischen Ergüssen äußert. Die Post überstreicht ihren Artikel: Die Regierung unter Kuratel. Von Helfershelfern des Volkswindismus spricht die Deutsche Zeitung. Die Generalkonferenz fallen der Regierung in den Rücken, zeter die Kreuzzeitung, die Deutsche Tageszeitung spricht von Begleit und Culpieren als den „Vorgelegten“ der Regierung. Selbst im Berliner Tageblatt wird weidlich von der Aufrichtung einer Nebenregierung, einer „Arbeiter-Massenregierung“ neben dem Parlament und dem aus ihm hervorgegangenen Kabinett“ gesprochen. Zugleich wird vom Berliner Tageblatt sowohl wie von der Vossischen Zeitung „Ärgerung“ verlangt.

Der Schmerz der bürgerlichen Blätter ist nur zu verständlich. Diese fürchten den steigenden politischen Einfluss der Arbeitermassen auf die Politik, der in Wirklichkeit nur der Ausdruck der Machtverhältnisse außerhalb der Parlamente ist. Die Nationalversammlung und „das aus ihr hervorgegangene Kabinett“ sind nichts als der Ausdruck längst überholter Machtverhältnisse. Die Leute, die da glauben, mit der Wahl der Nationalversammlung sei die Revolution abgeschlossen, erleben jetzt die bitterste Enttäuschung. Sie haben bis jetzt der Nationalversammlung, die ihr Existenzrecht sowohl hinsichtlich der ihr ursprünglich zugewiesenen Aufgaben, als auch nach dem durch die vollständige Umgestaltung des politischen Willens der Wählerschaft, längst verwirrt hat, stets die Lebensdauer verlängert. Sie hoffen, auf diese Weise die Wahl vom Januar 1919 gestoppt, eine parlamentarische Machtkonstellation für ihre arbeitserfindlichen Zwecke noch auf absehbare Zeit auszuhalten zu können. Jetzt sehen sie, dass aller Mühe vergebens war. Uebrigens muß man sich hüten, die Regierungsversprechen zu überschätzen. Die diese zu bewerten sind, hat sich in den letzten Tagen gezeigt, als es sich darum handelte, unblutiges Blutvergießen im Ruhrgebiet zu verhindern. Die Regierung hat weder den ersten Willen gezeigt, die ihr abgerungenen Zugeständnisse restlos zu erfüllen, noch die Macht, ihren Willen gegenüber den rochschneidenden Militärs restlos durchzusetzen. Die Militärs wissen zu gut, daß die Regierung durchaus nicht vom Willen der Mehrheit der deutschen Bevölkerung getragen ist. Sie irren aber sehr, wenn sie glauben, daß sich das Proletariat dauernd die Vorkherrschaft des Militarismus gefallen lassen werde. Die Zeit ist nicht mehr fern, wo jede Regierung, die nicht aus den Vertretern der Klassenbewußten Arbeiterschaft besteht, unmöglich ist. Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft ist es, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß dieser Zustand möglichst rasch erreicht wird, damit endlich die Deutschland entwürdigende Herrschaft des Militarismus gebrochen wird.

Die Alliierten und der französische Einmarsch.

Saag, 9. April. (Zu.) Das amerikanische Auswärtige Amt teilt mit, daß die Vereinigten Staaten mit England und Italien über eine gemeinsame Politik bezüglich der französischen Besetzung von Frankreich und anderer deutschen Städte unterhandelt haben. Obgleich in offiziellen Kreisen die Besetzung als eine Handlung, die durch ein einzelnes Land unternommen wurde, betrachtet wird, erwartet man doch, daß die Vereinigten Staaten mit den anderen Alliierten eine Haltung wohlwollender Abwartung einnehmen und nicht intervenieren werden. Aus zuverlässiger französischer Quelle erklärt weiter, es liege Grund zu der Annahme vor, daß die Deutschen innerhalb kurzer Zeit die neutrale Zone räumen werden, so daß die französischen Truppen aus dieser zurückgezogen werden können. Damit wäre der Konflikt zu Ende und das Ziel erreicht, das heißt, Deutschland wäre die Ueberzeugung beigebracht, daß die Bedingungen des Friedensvertrages genau erfüllt werden müssen.

Brüssel, 8. April. (Z. V.) Den Blättern zufolge wird sich Belgien, wenn keine Verwickelungen in der gegenwärtigen Lage entstehen, jeder militärischen Intervention in Deutschland enthalten. Die Truppenbestände im westlichen Deutschland würden vervollständigt.

Amsterdam, 8. April. Telegramm meldet aus London: Wodurch die Haltung des englischen Kabinetts gegenüber der Besetzung der deutschen Städte würden verschiedene Berichte veröffentlicht. Einigen Standpunkt behauptet, daß gewisse Minister die Besetzung neuer deutscher Städte durch die Franzosen ernst auflassen. Etwas anders dagegen erfahren, daß die Berichte aus Washington und Rom, nach denen England und Amerika einen anderen Standpunkt einnehmen sollen als Frankreich, vollkommen unrichtig seien. Dem Blatte zufolge hat Lord Derby, der englische Vorkämpfer in Paris, den Auftrag erhalten, auf der Friedenskonferenz vollkommen darzustellen, daß die britischen Staatsmänner die Lage in Deutschland von demselben Standpunkt aus betrachten und unstrittig mit der Haltung Frankreichs sympathisieren. Lloyd-George hat Lord Derby ermächtigt, dies in Paris darzulegen. Es besteht kein Grund zur Annahme, daß er den von Frankreich unternommenen Schritt

nicht billigen wird. Times melden, daß bei einer Besprechung zwischen der französischen und der englischen Regierung über die Besetzung der deutschen Städte vollständige Uebereinstimmung erzielt werden wird.

Berlin, 9. April. Die mehrere Blätter berichten, teilte der amerikanische Vertreter der internationalen Rheinlandkommission dem Vorsitzenden dieser Kommission offiziell mit, er lehne es ab, an irgendwelchen Beschlüssen der internationalen Rheinlandkommission zugunsten des Vorstoßes ins unbesetzte Deutschland teilzunehmen. Er habe die Washingtoner Regierung von diesem Schritte verständigt.

Nachschub französischer Truppen.

Saarbrücken, 9. April. (Z. U.) Gestern und vorgestern passierten zahlreiche Militärtransporte aus Frankreich den hiesigen Hauptbahnhof. Es handelt sich um Infanterie aus Nancy und Artillerie mit Langrohrgeschützen. Die Transporte gingen in der Richtung Frankfurt und Darmstadt weiter.

Abgesandte der Entente im Ruhrgebiet.

Duisburg, 9. April. Im Industriegebiet sind gestern bereits Abgesandte der Entente eingetroffen, um die Räumung der neutralen Zone zu übersehen. Es wird mit aller Beschleunigung an der Neugestaltung der Sicherheitswehren auf der Grundlage der Wieseler Beschlüsse in den einzelnen Städten gearbeitet. In Oberhausen, Hamborn und Sterkrade haben bereits Besprechungen stattgefunden. Die Bildung von Sicherheitswehren, die aus Mitgliedern der vier Gewerkschaften bestehen, zu denen die Angestellten, Beamten und Bürgerkreise herangezogen werden, ist in die Wege geleitet. Die Entlohnung der Wehren ist von den Städten vorzunehmen, geschieht aber in der Weise, daß die Wehrmitglieder von ihren Unternehmern beurlaubt und von diesen wie bisher entlohnt werden. Wo städtische Sicherheitspolizei vorhanden ist, wie in Duisburg und Dinslaken, wird diese vorläufig den Polizeidienst versehen.

Frankreichs Rechtfertigungsnote.

Die französische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger eine ausführliche Note übermittelt, in der sie die Gründe für ihr Vorgehen gegen Deutschland darlegt. Es wird darin u. a. folgendes gesagt:

„Vor der Besetzung der Städte Frankfurt, Darmstadt, Dornburg, Hanau und Dieburg hat die französische Regierung großen Wert darauf gesetzt, ihre Verbindungen zu benachteiligten und bei ihnen Rat zu holen. Verschiedene Vorfälle seit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages haben bewiesen, daß Frankreich sowohl als das neue Bündnis mit den Alliierten aufrecht zu erhalten, und eines Tages, wenn es sich einer Verletzung des Friedensvertrages gegenübersieht, aus eigener Kraft zu handeln, um so mehr, als es infolge seiner geographischen Lage besonders gefährdet ist. Am 28. März erklärte der Kammerpräsident, daß Frankreich, das immer noch auf die dringenden Wiedererwartungen warte, nicht wisse, welche endgültigen Beschlüsse es fassen solle. Am 20. März erklärte Gypert der französischen Regierung, daß seine Regierung keine Möglichkeit sehe, ohne vorherige Genehmigung der französischen Regierung Militärtruppen in das Ruhrgebiet zu entsenden. Millerand bekräftigte dem deutschen Geschäftsträger in Paris die Antwort, die er ihm schon am 28. März gegeben hatte, daß die französische Regierung ihre Ermächtigung nur geben könne, wenn die französischen Truppen gleichzeitig die Städte Frankfurt, Darmstadt, Dornburg und Dieburg besetzen dürfen. Am Abend des 3. April bekannte Gypert, daß Reichswehrtruppen in größerer Stärke, als durch den Beschluß vom 8. August 1910 erlaubt war, in das Ruhrgebiet einmarschieren sollen, und daß namens der deutschen Regierung um die nötige formelle Genehmigung. Am gleichen Tage teilte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen von Daniel in Berlin dem Stellvertreter des Generals Rollet, dem General Gypert, mit, die deutsche Regierung habe dem Reichskommissar Severing volle Handlungsfreiheit über die angelegten der Operationen im Ruhrgebiet konzentrierten Truppen gegeben und nehme die Verantwortung für ihre Tätigkeit in der neutralen Zone auf sich.“

Die Note legt weiter dar, daß die französische Regierung darauf unerschütterlich ihre Verbindungen auf die begangene Verletzung des Friedensvertrages, die den Status belli (Kriegszustand) bedeute, aufmerk- sam gemacht und von den Alliierten wirksame Mithilfe erwartet habe. Frankreich habe bereits am 28. März den Vorschlag zur Besetzung Frankfurt und Darmstadt gemacht, doch habe die Londoner Konferenz den Zeitpunkt für unpassend erklärt.

Besonders bemerkenswert ist die folgende Stelle in der Note, die das Verhalten der deutschen Regierung behandelt:

„Die deutsche Regierung wachte sich bereit an die französischen Truppen um die Bewilligung zum Einmarsch von Truppen in das Ruhrgebiet zu erhalten. Die französische Regierung hatte keinen Grund, sich zu einer Verletzung des Vertrages heranzulassen, da alle ihre Verbindungen mit denen der Alliierten übereinstimmten und alle Alliierten einmütig die militärische Besetzung des Ruhrgebietes als unnötig und gefährlich betrachteten. Andererseits wies alle Vorkommnisse darauf hin, daß die Antikräfte zu diesen Operationen der Militärpartei zugehört werden müßte.“

Es war die Militärregierung Kapp, die sie erzwungen hatte, und es war die Militärpartei, die trotz der starken Einwände, die selbst im Schoße der deutschen Regierung gegen die vorgesehene Intervention erhoben wurden, darauf beharrte, daß es unmöglich sei, ohne Erhöhung der Kräfte die Ordnung im Ruhrgebiet wiederherzustellen.

Frankreich hat sich somit einer Maßnahme genähert, die nach einflussreicher Ansicht der Alliierten nicht ohne vorhergehende Ermächtigung zur Ausführung gelangen durfte, die keineswegs durch die Umstände gerechtfertigt war und für die die deutsche Regierung Frankreich gegenüber die formelle Bewilligung einzuweisen war. Es ist nicht ohne Ermächtigung auszuführen. Diese Maßnahme war durch den Umstand besonders schmerzhaft auszunehmen, als die Alliierten trotz ihrer Bemühungen, die Anführerinnen der Maulen bezüglich der Wahrung Deutschlands noch nicht erreichen konnten.“

Die Note betont dann, daß die französische Regierung nicht nur im französischen, sondern im allgemeinen Interesse gehandelt habe. Die französischen Truppen sollten zurückgezogen werden, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig verlassen haben. Am Schluß wird in der Note betont, daß die Besetzung der deutschen Städte keinen selbständigen Akt gegen Deutschland darstelle, daß Frankreich vielmehr wünschte, bald wieder normale Beziehungen zu Deutschland aufzunehmen.

In dieser französischen Note vertritt das Volkliche Bureau eine ausführliche Erklärung, in der behauptet wird, aus der Note geht hervor, daß die französische Regierung ohne Zustimmung ihrer Verbindungen vorgegangen sei. Die rein private Bemerkung des Ministerpräsidenten Gypert, er glaube nicht, daß Deutschland ohne Frankreichs Genehmigung in das Ruhrgebiet einmarschieren werde, werde die Mithilfe in ein Verbrechen Deutschlands an Frankreich umgewandelt. Schließlich werde vollkommen verstanden, daß die deutsche Regierung bereits am 4. April in Paris mitteilen ließ, mit welcher relativ geringer Truppenzahl die Antikräfte durchgeführt werden und daß sie in hohen Dosen erstickt sein solle.

Es kann bestatet werden, welche der selben Darstellungen richtig ist. Amüsantes erzählt sich aus dem Verhalten der Verbindungen Frankreichs, daß sie unter Marianne der neuen Antikräfte keinen Anlaß finden, gegen Frankreichs Maßnahmen Einwürfe zu erheben. Die Verbindungen lächeln den Vorstoß der deutschen Truppen in wehrlos ab und ein wie Frankreich. Auch sie haben zweifellos die richtige Erkenntnis, daß es sich bei dem Vorgehen um eine Aktion des wiedererstarbten deutschen Militarismus handelt.

Monsieur Chauvin in Frankfurt.

Anlässlich der Schierei der französischen Kolonialtruppen in Frankfurt a. M., die leider einer großen Anzahl von Einwohnern das Leben kostete und deren eigentlicher Grund trotz der sofort eingeleiteten Untersuchung noch nicht geklärt ist, begiebt sich fast

die gesamte bürgerliche Presse in Mißtrauen eines blöden Nationalismus. Die größten Befehdigungen hegen nur so auf das „Kulturvolk der grande nation“, und die Gekelung weißer Barbarei steht in einem um so schmerzlicheren Verhältnis zu den Zuständen im eigenen Heim, als der Vormarsch der Wattertruppen im Ruhrgebiet mit Standrecht, Filzladen und allen Schikanen der feilen und verlogenen Soldateska-Justiz gegen die eigenen Volksgenossen wütet.

Zur Erklärung des Frankfurter blutigen Vorganges mag aber folgende Mitteilung dienen, die wir einem Aufruf unseres Frankfurter Parteiblattes Volksrecht entnehmen, der geschrieben ist, ehe die Maschinengewehre der Marokkaner losgegangen waren: „Antimilitärische Wähler, reaktionäre Studenten und ähnliches Geschlecht treiben sich gegenwärtig in den Straßen herum, um zu Unbesonnenheiten aufzureizen.“

An die Arbeiterschaft richten wir daher die dringende Mahnung, bleibe der Straße fern, laßt euch nicht provozieren, ebensowenig wie ihr euch vor einigen Wochen von den monarchischen Reichswehrtruppen habe provozieren lassen.“

Wir haben wahrhaftig keinen Grund, die Säbelmethoden der französischen Kriegs- und Siegesmaschine zu entschuldigen. Wir verurteilen den Militarismus hüten wie drüben gleich scharf. Wir verurteilen und brandmarken aber auch mehr jenes ver- dreschliche Treiben des Kabapautilismus, das die Welt in das entsetzliche „Stahlab“ des Weltkrieges geküßt hat und ansehend auch jetzt wieder in Frankfurt frevelhaft Menschenleben aufs Spiel gesetzt hat.

Die Vorgänge in Frankfurt.

Frankfurt a. M., 8. April. (Zu.) Infolge der gestrigen blutigen Zusammenstöße herrscht unter der Bevölkerung Frankfurts eine mahlohe Erregung. Die Besatzungstruppen sollen bereits eine große Zahl von Personen verhaftet haben, die sich mißlieblich über die Franzosen geäußert hätten. Eine Abteilung Alpenjäger, die im Post des Hauptpostamtes Gewehrtruppe lüsten, sollen nach dem Bericht eines Augenzeugen von der Altbildbesetzung verhaftet worden sein. Sogleich rissen die Alpenjäger die Gewehre von den Schultern, pflanzten die Bajonette auf und stürzten sich auf die zurückweichende Menge. Hierbei wurden viele Personen umgerissen und verletzt. Die Menge, die immer mehr aufschwoll, verlangte schließlich die Freilassung eines Arbeiters, den die Franzosen bei dem Vorgang in der Hauptpost gefangen genommen hatten. Eine Abteilung farbiger Soldaten eilte schließlich mit gefülltem Bajonett herbei und säuberte die Straße. Das französische Militärkommando hat verfügt, daß die Straßen von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh nicht betreten werden dürfen. Ein Generalkrieg, für den in der Arbeiterschaft lebhaft Zustimmung herrscht, soll mit rückwärtslosen Gewaltmaßnahmen niedergelämpft werden.

Die Offiziersleiche in der Reichswehr.

Im Vorwärts gibt ein Unteroffizier folgende Schilderung des unrettbar verfaulenden Zustandes in einem Potsdamer Reichswehrregiment (R.-Z.-R. 5, 2. Btl.). die mehr oder weniger auf Geist und Verfassung der ganzen Reichswehr und ihres Offizierkorps zutreffen dürfte:

„Am 18. März haben die Vorbereitungen zu dem Putsch Kapp-Püttwig begonnen, sondern monatlang vorher. Der Putsch scheiterte nicht ungeniert dadurch die Krone auf, daß Major v. Mohr- scheldt öffentlich vor versammeltem Bataillon erklärte, er sei und bleibe „überzeugter Monarchist!“

Propaganda wurde ebenfalls betrieben für die Deutschland so verhängnisvoll gewordenen Balkustruppen, und zwar durch An- lieben von Plakaten zur Aufforderung von Geldspenden. Damit noch nicht genug, mußte das Bataillon auch noch einen Vortrag eines Herrn von der Goltz anhören über die „Vorzüge und Leistungen der Balkustruppen“. Ein Hohn auf die Republik war schon monatlang der vom Regiment vorgelesene

Schwartz-weiß-rote Winkel, der auf dem linken Arm getragen werden mußte. Arreststrafen standen auf Nichttragen des Winkels. Bestrafungen sind erfolgt, in Fällen sogar mit drei Tagen Mittelarrest.“

Am 11. März, abends, führten zwei Offiziere vom 2. Bataillon und ein Herr in Zivil (wie sich später herausstellte, war es Hauptmann Pabst) per Auto vom Bahnhof Potsdam nach Döberitz. Es wäre interessant, vom Zweck dieser Fahrt zu erfahren. Am nächsten Tage fand eine Feldbesichtigung statt; dabei gab es eine Ansprache des Majors v. Mohrscheldt an die Kompanien. Erwähnt wurde dabei, daß der „hochverehrte“ General v. Püttwig zur Disposition genommen worden sei, weil er sich zu sehr für das Wohl seiner Truppen eingesetzt habe in bezug auf höhere Löhnung, bessere Verpflegung und Bekleidung.“

Nach der Rückkehr von der Übung war schon der Marxaufstand vorhanden. Am 12. März, nachts gegen 2 Uhr, führten wir mit dem Vorortzug nach Berlin. Dabei Ansprache an das Bataillon, wobei Major v. Mohrscheldt sich freudig äußerte: „Gottlob, daß dieses Hundepack und Schiebergesindel endlich davonlaufen ist!“ Der Adjutant Leutnant Lassen telephonierte nach Potsdam: „Die Sache ist erledigt!“

Die in Potsdam zurückgebliebenen Unteroffiziere und Mannschaften machten darauf eine Einrede an die inwärtigen wieder zurückgekehrten verfassungsmäßigen Regierung, in der sie sich dagegen verwahrten, wegen Handlungen zur Verantwortung gezogen zu werden, für die sie ohne ihr Wissen von ihren Offizieren mißbraucht worden waren. Das Schreiben an die Regierung ging ab, und Major v. Körner ließ sämtliche Unteroffiziere ver sammeln, um ihnen auf Grund des Militärstrafgesetzbuchs vom Jahre Weis-ber-Zeufel zu erklären, daß sie sich eines schweren Vergehens schuldig gemacht hätten. Die Hauptstrafbefehle seien erlassen und würden sofort entlassen.

Die Entlassungen sind bereits erfolgt. Inzwischen rückt das Bataillon wieder in Potsdam ein und wurde gleich darauf gegen Lindenwalde eingesetzt.“

In Detmold werden, wie von dort berichtet wird, beim dortigen Reichswehrregiment, das dem Oberbefehl General Watters untersteht, die Entlassungen der Reute und Unterführer rückwärts durchgeföhrt, die während der Kapp-Zeit die Freiheit besessen hatten, die Herren Offiziere um klare Stellungnahme zu versuchen.

Gruellügen.

Die bürgerliche Presse überdietet sich in Gruellnachrichten aus den Kämpfen der Arbeiter gegen die reaktionäre Reichswehr. Blätter vom Schlage der Tagespost, der Volkszeitung, der Deutschen Zeitung sagen nach alter Kriegsgewohnheit. Die tollsten erlogenen Gruellmeldungen leistet sich die Deutsche Zeitung. Dort findet sich folgende Schilderung, die angeblich von einem Augenzeugen stammt:

„Bald sind die Truppen (meisternbe Blüthig-Truppen. Red. b. Z. W.) von allen Seiten umstellt. Mehrere Soldaten tot. Der Offizier schwer verwundet. Er wird splitternaht ausgenommen und verblüht mit blühler Bauchverletzung auf der Straße. Wehe dem, der versucht hätte, Hilfe zu bringen! Ein junger Soldat, der wohl zum erstenmal im Feuer stand, wird von einem Herdenhock befallen. Mitternachts sieht er an einem Handstein. Daßwollschne Kurfürst, die schon als traurige Gelsen der ersten Revolution bekannt sind, haben ihm mit einem Gewehrstoßen den Schädel ein. Den meisten ist das gleiche Schicksal befallen. Ein Oberleutnant, der im Kriege ein Auge verloren, wird gefangen, entkleidet und splitternaht auf ein Brett gebunden. Sein Schädel war das blühde. Ganz allein stehen nun die Pferde des Gelpanns auf dem Aker. Ein Arbeiter, dessen